

## E-Learningkurs „Hallo Europa, hallo Welt!“

### Lösungen der Arbeitsblätter

#### Europa & Euro

- Nordirland gehört zum Vereinigten Königreich und nicht zur Republik Irland. In Irland, dort wo Sarah sich derzeit aufhält, kann sie mit Euro bezahlen. In Nordirland nicht, da das Vereinigte Königreich den Euro nicht eingeführt hat.
- 19 von 28 EU-Ländern haben den Euro eingeführt (Stand 09/18).
- Die „opt-out“-Funktion haben bisher 2 Länder in Anspruch genommen: Dänemark und Großbritannien. Eigentlich sind alle Länder, die die Konvergenzkriterien erfüllen, verpflichtet, den Euro einzuführen: „opt-out“ bedeutet die Möglichkeit zum Ausstieg aus der Verpflichtung. Daher sind Dänemark und Großbritannien nicht dazu verpflichtet den Euro einzuführen, obwohl sie die Konvergenzkriterien erfüllen.
- Kriterien zur Euro-Einführung, die sogenannten EU-Konvergenzkriterien, bestehen aus 4 Punkten:
  - (1) Inflationsrate darf maximal 1,5% über der Inflationsrate der 3 preisstärksten Euro-Länder des Vorjahres liegen.
  - (2) Staatsverschuldung darf nicht höher als 60% und Neuverschuldung nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts sein.
  - (3) Zinssatz für Staatsanleihen dürfen maximal 2 % über dem der preisstabilsten Länder des Vorjahres liegen.
  - (4) Eigene Währung darf in den letzten 2 Jahren keine Abwertung vorweisen.
- Der Euro steht als Symbol für die EU und damit für eine europäische Identität/ ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl.

Eine gemeinsame Währung hat den Vorteil, dass innerhalb des Euroraums kein Geld gewechselt werden muss und das Reisen und Shoppen dadurch erleichtert wird, da es keine Preisschwankungen und ein vielfältigeres Angebot gibt.
- EZB: Preisstabilität (Die Preise in den Euro-Ländern sollen nicht unkontrolliert steigen und fallen, sondern nach Möglichkeit jedes Jahr um 2% steigen) und Wirtschaftswachstum (Stichwort Inflation; für ältere Schüler/-innen: Leitzins, Einlagenzins, Staatsanleihen).

Eurogruppe (bestehend aus Minister/-innen der Euro-Länder): Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu gewährleisten. Gleichzeitig ist sie bestrebt, die Voraussetzungen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu verbessern.

## **Europa & Klimaschutz**

- Chris hat in Peking mit enormer Luftverschmutzung zu kämpfen, dem sogenannten Smog (u.a. Abgase von Kohlekraftwerken).
- Das Phänomen des Klimawandels, Treibhauseffekt und Erderwärmung: Die Treibhausgase sorgen dafür, dass die Wärme bei uns in der Atmosphäre bleibt und die Luft nicht mehr so gut abkühlt wie früher. Das wichtigste Treibhausgas ist Kohlendioxid – CO<sub>2</sub>. Das entsteht bei der Verbrennung von Kohle oder kommt von Autos und Flugzeugen.
- Die Europäische Umweltagentur (EUA) ist eine Agentur der Europäischen Union, deren Aufgabe es ist, fundierte, unabhängige Informationen über die Umwelt bereitzustellen. Sie misst zum Beispiel die Höhe des Treibhausgas-Ausstoßes und macht Vorschläge.
- Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und z.B. Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft bis 2050.

Die Vorschriften regeln:

die Emissionen ihrer Mitgliedsländer zu verringern,  
andere Hauptverursacher darin zu bestärken, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen,  
und die Anpassung an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels voranzutreiben.

## **Europa & Onlinehandel**

- Saskia möchte gerne eine Jeans aus Frankreich kaufen, ist gerade aber in Göteborg und hat Angst vor enormen Kosten.
- Kleidung darf nicht teurer sein, weil sie aus einem anderen EU-Land kommt. Anbieter/-innen sind dazu verpflichtet auf ihrer Webseite deutlich anzugeben, wieviel die Kleidung samt Versand kostet – denn der Versand könnte, wenn überhaupt, das teure sein. Darauf achten, dass keine „Extra-Wünsche“ von vornherein angekreuzt sind. Zudem sind die A. dazu verpflichtet, ein Rückgaberecht anzubieten.
- Zu den Grundfreiheiten der EU gehören der freie Warenverkehr, die Dienstleistungsfreiheit, die Personenfreizügigkeit sowie freier Kapitalverkehr.
- EU-Grenzüberschreitender Onlinehandel mit angeglichenen Regelungen, um fairen Wettbewerb zu garantieren. Menschen sollen online auch über eigene Ländergrenzen hinaus einkaufen gehen können. Gestartet ist der Digitale Binnenmarkt im Mai 2015. Wissen darüber ist gering.
- Positiv: fairer Wettbewerb, sichere Daten, Ersparnisse, durch Wegfall von Geoblocking EU-weit nutzbar, Wirtschaftswachstum, geringere Versandkosten, einheitliche und einfachere Urheberrechte, mehr Breitbandversorgung und Ende der Roaminggebühren etc. Negativ: Rechtsangleichung kann auch Verlust von Verbraucher/-innen-Rechten bedeuten (Einigung bei kleinstem gemeinsamen Nenner, siehe DSGVO). Digitale Kenntnisse sehr gering, enorme Datenpreisgabe. Jobverluste.

## **Europa & Gesundheit**

- Laura ist in Thailand krank geworden und konnte nicht einfach zum Arzt gehen, wie sie es innerhalb der EU könnte.
- Die EU gewährleistet den gleichberechtigten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. D.h., dass man in jedem EU-Land behandelt werden kann. Mit manchen Nicht-EU-Ländern gibt es sogar noch ein zusätzliches Abkommen, das etwas Ähnliches absichert, auch wenn die Länder eben nicht Teil der EU sind (Norwegen, Liechtenstein, Schweiz und Island). Das bedeu-

tet, Patient/-innen haben in den Ländern die gleichen Rechte wie Staatsangehörige und zahlen auch denselben Preis für die medizinische Versorgung. Eine Ausnahme ist die geplante Behandlung von Krankheiten im Ausland.

- Europäische Arzneimittel Agentur (European Medicines Agency). Bewertet und analysiert Medikamente: ist zuständig für die Zulassung von Medikamenten innerhalb der EU sowie Norwegen, Liechtenstein und Island. Darüber hinaus beobachtet die EMA Nebenwirkungen der Medikamente. Zusammengefasst: Im Fokus steht der Schutz der Patient/-innen.
- Jedes EU-Land ist selbst für seine Gesundheitspolitik verantwortlich, folglich für die Organisation des Gesundheitswesens und wie die medizinische Versorgung genau abläuft. Die EU greift ein, bzw. ist zuständig bei länderübergreifenden Dingen wie z.B. Epidemien. So werden aktuelle Krankheiten von der EU überwacht und z.B. Impfstoffe hergestellt. Außerdem wird die EU vorbeugend aktiv und gibt Forschungsgelder.
- Es gibt eine extra Kosmetikverordnung, die seit 2013 existiert. Die Kosmetikverordnung regelt, welche Inhaltsstoffe verwendet werden dürfen und dass Tierversuche verboten sind. Zudem regelt sie die Kennzeichnung von Kosmetika, sodass Verbraucher/-innen alles sofort erkennen können.

### **Europa & Medien**

- Dave hätte aufgrund von hohen Roaming-Gebühren hohe Kosten. Er ist nämlich in den USA.
- Roaming-Gebühren bezeichnen die Kosten der Mobilnetznutzung in einem anderen Netzwerk, sprich einem anderen Land. Die EU hat eine Verordnung erlassen, mit welcher die Roaming-Gebühren innerhalb der EU (sowie Island, Norwegen, Liechtenstein) wegfallen. Genauer bedeutet dies aber nur, dass keine extra Kosten entstehen sollen. Generell gilt, dass z.B. der eigene Vertrag in allen EU-Staaten gelten soll – so bleiben aufgrund von nationalen Preisunterschieden unterschiedliche Preise erhalten.
- Vergleichbare Bedingungen für neue audiovisuelle Medien (Film, Fernsehen, Video) in allen Ländern; Schutz von Kindern und Verbrauchern; Sicherung von Medienpluralismus; Bekämpfung von Rassismus und religiösem Hass; Bewahrung des kulturellen Erbes; Gewährleistung der Unabhängigkeit nationaler Medienaufsichtsbehörden
- Die Richtlinie gibt Mindeststandards vor: Werbung, Großereignisse, Kinder- und Jugendschutz, Förderung von Filmen und audiovisuellen Inhalten europäischen Ursprungs, Zugänglichkeit
- Freie Argumentation der Schüler/-innen: dass wir überall unsere Dienste nutzen können und dementsprechend Lieblingsserien schauen können. Dass das Europäische Film- und Kulturerbe geschützt wird, dass auch mit den USA ein Abkommen verabschiedet werden sollte (weg vom Internet der 2 Geschwindigkeiten).

### **Europa & Wasser**

- Jonas darf in Indonesien kein Wasser aus der Leitung trinken, da es krank machen kann.
- Die EU hat eine Wasserrahmenrichtlinie verabschiedet, die regelt, dass die Wasser-Politik in der EU vereinheitlicht werden soll und die Politik auf nachhaltige und umweltverträgliche Wassernutzung achten soll. So ist es möglich, dass wir innerhalb der EU das Wasser direkt aus dem Wasserhahn trinken können.
- Die Richtlinie trat im Jahr 2000 mit einer Erneuerung aus dem Jahr 2014 in Kraft, die wiederum bis 2016 umgesetzt werden sollte. Damit ist aber gemeint, bis wann das europäische

Recht ins das nationale Recht umgesetzt werden muss. Die Maßnahmen an sich haben unterschiedliche Fristen.

- Die Europäische Umweltagentur (EUA) ist eine Agentur der Europäischen Union, deren Aufgabe es ist, fundierte, unabhängige Informationen über die Umwelt bereitzustellen.
- Für die gesetzlichen Rahmenbedingungen ist die EU zuständig, die mithilfe von der EUA Bedingungen und Ziele aufstellen kann. Für die Umsetzung an sich sind aber die Länder selbst zuständig: in Deutschland derzeit das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.